

Friedenspädagogische Konfliktanalyse Kolumbien

WO? In welchem Land/ in welcher Region findet der Konflikt statt?

Kolumbien, Lateinamerika



Lagekarte Kolumbien
Quelle: The World Factbook 2021



Landkarte Kolumbien
Quelle: The World Factbook 2021

WER? Welche Konfliktparteien sind beteiligt?

Kolumbianische Regierung und paramilitärische Gruppen (unterstützt von Großgrundbesitzer:innen) gegen die „Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC)-Guerilla“ und weitere Rebell:innengruppen (z.B. „Ejércitos de Liberación Nacional“, ELN) und bewaffnete Drogenkartelle.

WANN? Was sind die zentralen Ereignisse im Konflikt?

1964–1966: Gründung der FARC, der ELN Guerilla und weiterer Guerillagruppen

Seit 1984: Antidrogenkampf, in den **1990er** Jahren Demobilisierung einiger Guerrillagruppen (M19, EPL, Quintón Lame)

2000–2012: „Plan Colombia“ US-gestützter Militäreinsatz gegen Guerilla

2003–2006: Demobilisierung der Paramilitärs „Autodefensas Unidas de Colombia“ (AUC)

2012: Beginn der Friedensverhandlungen

2016: Friedensvertrag zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung, der den jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt beendet und zu einem deutlichen Rückgang der Gewalt führt.

Seit 2017: Beginn der Friedensverhandlungen mit einer weiteren Guerillagruppe, der ELN, der aber durch die neue Regierung von Ivan Duque 2018 wieder ausgesetzt wird.

2021 folgen soziale Unruhen und landesweite Streiks sowie neue Gewaltausschreitungen.

2022: Neuer Präsident Petro verabschiedet „Gesetz des totalen Friedens“, Verhandlungen mit der ELN beginnen im November

2023: Bis März fanden zwei Gesprächsrunden mit der ELN statt. Die kolumbianische Regierung hatte zudem einen Gesetzentwurf zur Demobilisierung von Gruppen vorgelegt, die der „organisierten Kriminalität“ zugerechnet werden. Es sieht Strafnachlässe für Mitglieder dieser Gruppen vor, die bereit sind mit den Behörden zu kooperieren.

WIE? Mit welchen Mitteln wird der Konflikt ausgetragen?

Die FARC ebenso wie andere bewaffnete Gruppen nutzen als Guerillataktik vor allem Anschläge auf staatliche Einrichtungen oder Politiker:innen, Lösegelderpressung sowie die Kontrolle über bestimmte Landesteile mit Rückzugsorten im Regenwald.

Die Regierung setzt vor allem auf die militärische Bekämpfung der Guerilla und beschließt 1968 eine Ausnahmegesetzgebung mit dem „Recht auf Selbstverteidigung“ in dessen Folge

sich zahlreiche paramilitärische Gruppen bilden, die gezielt (vermeintliche) Guerilla-Anhänger:innen töten, Menschenrechtler:innen, Journalist:innen verschwinden lassen und Kleinbäuer:innen vertreiben. Verstärkt wird dies durch die Aussetzung von Kopfgeldern und eine weitgehende Straflosigkeit für Sicherheitskräfte.

Zeitgleich unterstützen die USA die Regierung mit ihrer Militäroperation „Plan Colombia“, die linke Guerillas und die Drogenkartelle bekämpfen soll. Dadurch sinken die Todeszahlen und nach der Wahl von Präsident Alvaro Uribe 2004 wird die AUC offiziell entwaffnet. Die vollständige Entwaffnung scheitert jedoch. Es gründen sich kleinere, illegale bewaffnete Gruppen, die weiterhin in den Drogenhandel und gewaltsame Vertreibungen verstrickt sind.

Das Land ist stark von verschiedenen Arten von Gewalt geprägt, die u.a. auf ein hohes Maß an Armut, Rassismus und sozialer Ausgrenzung zurückzuführen sind. Das 2016 geschlossene Friedensabkommen zwischen den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) und der Regierung beendet den 52 Jahre währenden bewaffneten Konflikt und führt zunächst zu einem deutlichen Rückgang der konfliktbezogenen Gewalt. Seit 2021 nehmen die Übergriffe bewaffneter Gruppen, darunter Tötungen, Massaker und massenhafte Zwangsvertreibungen, in vielen entlegenen Gebieten Kolumbiens wieder zu. In mehreren Regionen des Landes kommt es zu schweren Übergriffen auf die Zivilbevölkerung durch Mitglieder der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) und paramilitärische Nachfolgegruppen. Menschenrechtsverteidiger:innen, Journalist:innen, indigene und afrokolumbianische Führungspersönlichkeiten und andere Aktivist:innen sind ständigen Morddrohungen und Gewalt ausgesetzt.

2022 zeichnet sich ein Wandel ab, der durch den neu gewählten, linksgerichteten Präsidenten Gustavo Petro eingeleitet wurde. Er hat ein „Gesetz des totalen Friedens“ vorgelegt. Es sieht vor, mit allen bewaffneten Gruppen (z.B. der ELN), Friedensverhandlungen zu führen.

WARUM? Welche Erklärungen gibt es für den Konflikt?

Ungleichheit (ökonomischer Erklärungsansatz)

Die extrem ungleiche Verteilung von Landbesitz wird als eine der wichtigsten Konfliktursachen angesehen. Die FARC Guerilla und andere Gruppen gründen sich mit dem Ziel, für eine Agrarreform zur gerechteren Landverteilung für die bäuerliche Bevölkerung zu kämpfen. Großgrundbesitzer:innen hingegen bauen mit Unterstützung der Regierung eigene paramilitärische Gruppen auf, um ihr Land zu verteidigen. Zusammen mit den Drogenkartellen töten oder vertreiben sie unzählige Kleinbäuer:innen, um die Kontrolle über das Land zu gewinnen bzw. zu behalten. Bis heute ist Kolumbien das Land mit der zweithöchsten sozialen Ungleichheit in Lateinamerika.

Drogenökonomie (ökonomischer Erklärungsansatz)

Eine andere Erklärung liegt in der etablierten Drogenökonomie. Im Verlauf des Krieges finanzieren die Guerrillagruppen ihren Kampf durch Kokaanbau, -transport und -handel. Diese Einkommensquelle wird irgendwann zum Selbstzweck. Weitere Drogenkartelle haben ein Interesse an der Fortführung des Konflikts, weil sie durch die anhaltend hohe Nachfrage nach Drogen von Ländern des globalen Nordens wirtschaftlich profitieren. Zudem führen eine allgemein schwierige wirtschaftliche Lage und Arbeitslosigkeit vielerorts dazu, dass Jugendliche sich kriminellen Banden anschließen, um Geld zu verdienen. Organisierte Banden beschäftigten sie als jugendliche Auftragskiller, die linke Guerillas, aber auch Mitglieder verfeindeter Banden oder Konkurrent:innen im Drogenhandel töten. Auf dieses extreme Ausmaß der organisierten Gewalt reagieren die Sicherheitsapparate mit schweren Menschenrechtsverletzungen (willkürliche Verhaftungen, Folter, Erschießungen, gewaltsames Verschwindenlassen). Folge ist ein starker Vertrauensverlust in der Bevölkerung gegenüber der Polizei und staatlichen Sicherheitskräften, zumal die meisten ihrer Verbrechen nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Fehlende politische Teilhabe (machtbasierter Erklärungsansatz)

Eine andere Erklärung ist die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der mangelnden politischen Beteiligung. Insbesondere indigene und schwarze Bevölkerungsgruppen werden diskriminiert. Das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen ist aufgrund der gewaltvollen Geschichte bei vielen Menschen sehr gering.

FRIEDENSPOTENZIALE

Welche Friedensbemühungen gibt es bereits?

Staatlich /International

2012 beginnen die **Friedensverhandlungen** zwischen der kolumbianischen Regierung unter Manuel Santos und der FARC-Guerilla in Havanna mit Unterstützung von Norwegen und Kuba. Ende 2014 verkündet die FARC einen einseitigen Waffenstillstand. 2016 wird der Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla geschlossen, Präsident Santos erhält dafür den Friedensnobelpreis. In einer Volksabstimmung verfehlt der Friedensvertrag jedoch knapp die Mehrheit. In einer zweiten Abstimmung nach einigen Änderungen, vor allem in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter und sexuelle Vielfalt, erhält er jedoch die Zustimmung der Bevölkerung.

Die Demobilisierung der FARC Mitglieder und ihre Transformation in eine Partei werden vorangetrieben. Seit 2017 wird der Friedensprozess durch eine UN-Mission (UN Verification Mission to Colombia) begleitet.

Der Friedensvertrag sieht die Einrichtung eines "Integralen Systems für Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantien der Nicht-Wiederholung– SIVJRNR" vor. Er beinhaltet als Kernelemente eine Institution zur Suche nach gewaltsam Verschwundenen, eine Wahrheitskommission und eine Sondergerichtsbarkeit für den Frieden.

Mit Unterstützung vom deutschen Auswärtigen Amt und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) wird 2016 das **Deutsch-Kolumbianische Friedensinstitut CAPAZ** in

Bogotá gegründet. Dieses trägt durch Austausch von Expert:innen beider Länder, durch Ausbildungskurse und Friedensforschung zum Frieden im Land bei. Weitere Unterstützung kommt durch das ProPaz Programm der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und den zivilen Friedensdienst der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGIAMONDO). Norwegen und Kuba leisten als Garantieländer des Friedensabkommens technische Unterstützung, zum Beispiel im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter.

Mit dem 2022 verabschiedeten „Gesetz des totalen Friedens“ hat die neue kolumbianische Regierung die Friedensverhandlungen mit der ELN wiederaufgenommen. Die Gespräche finden im Nachbarland Venezuela statt und werden zudem unterstützt von Kuba, Norwegen und Spanien.

Zivilgesellschaftlich

Auf der Graswurzelebene gibt es unzählige **Friedensinitiativen**, **Kirchengruppen**, **Journalist:innen**, **Wissenschaftler:innen**, **Aktivist:innen** und **NGOs**, die sich für Frieden einsetzen. Einige Beispiele sind Fundación para la Reconciliación, Centro de Investigación y Educación Popular (Cinep)/Programa por la Paz (PPP), Defendamos la Paz, Fundación Escuelas de Paz und viele weitere. Andere Organisationen unterstützen Projekte zur politischen und sozialen Wiedereingliederung von Exkombattant:innen, wie z.B. das Projekt Vivascontamos der Berghof Foundation und der Internationalen Organisation für Migration (IOM)¹.

Unabhängig vom Friedensprozess gibt es zudem durchaus erfolgreiche Bestrebungen, die verbreitete Alltagsgewalt auf lokaler Ebene einzudämmen. So ging durch eine **konfliktsensible Stadtentwicklung** die Gewalt in einigen Vierteln in Medellín stark zurück: Die Comuna 13 war eines der ärmsten Viertel in Medellín mit dem höchsten Anteil an Binnenvertriebenen und einer der gewalttätigsten Orte Kolumbiens in den 1990er und 2000er Jahren. Das Viertel hat sich in den letzten Jahren sehr verändert durch die „social urbanism“-Bewegung, die mit inklusiver,

¹ <https://vivascontamos.com/>

dezentraler und kreativer Stadtplanung zur Gewaltminderung beiträgt, u.a. durch Investitionen in Bibliotheken, Schulen, den öffentlichen Nahverkehr und Seilbahnen für sichere Mobilität. Es gibt zahlreiche bürgerschaftliche Initiativen, die Menschen in Kolumbien für den Frieden mobilisieren, deren Aktivitäten von Cinep dokumentiert und zugänglich gemacht werden ².

Welche Friedensansätze werden diskutiert?

Der Friedensvertrag zwischen der Regierung von Manuel Santos und der FARC beendete einen der längsten Bürgerkriege in Lateinamerika. Der Friedensprozess ist allerdings noch nicht abgeschlossen und es gibt keine Garantie für Erfolg. Andere Guerilla-Gruppen sind nicht Teil des Vertrags. Seit dem Amtsantritt des linksgerichteten Präsidenten Gustavo Petro, der selbst ein ehemaliger Guerillakämpfer ist, wurden die Verhandlungen mit der ELN wiederaufgenommen. Alltagsgewalt, Unterdrückung durch staatliche Kräfte sowie geschlechtsspezifische Gewalt sind weiterhin verbreitet.

Als große Herausforderungen für das Gelingen des Friedensprozesses werden folgende Faktoren gesehen:

- Die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration der Ex-Kombattant:innen. Diese brauchen die Sicherheit, dass sie nicht Opfer von Racheakten werden (hunderte wurden bereits von rechten Paramilitärs ermordet). Sie brauchen politische und wirtschaftliche Perspektiven.
- Aufarbeitung der Verbrechen/ Wahrheitskommission/ Entschädigung der Opfer
- Die Entwicklung legaler Alternativen zum Drogenanbau sowie eine umfassende Landreform
- Zukunftsperspektiven für Millionen von Binnenvertriebenen

² Die Datapaz-Datenbank gibt einen Überblick über diese Initiativen.
<https://www.cinep.org.co/Home2/servicios/sistema-de-informacion-general-sig/base-de-datos-datapaz.html> (Spanisch)

Quellen

- Auswärtiges Amt (2021): Fünf Jahre Friedensvertrag in Kolumbien. Online verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/kolumbien-node/frieden-kolumbien/2497346> (07.09.2022).
- Berghof Foundation (2022): Regional Peacebuilding in Colombia. Online verfügbar unter: <https://berghof-foundation.org/work/projects/regional-peacebuilding-in-colombia> (07.09.2022).
- Dolan, Martin (2018): Radical Responses: Architects and Architecture in Urban Development as a Response to Violence in Medellín, Colombia, in: Space and Culture, 1-23.
- Gehring, Hubert, Gontermann, Sylvia und Yvonne Scholliers (2016): Informationen zu der Geschichte und den Akteuren des Konflikts in Kolumbien. Online verfügbar unter: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_44572_1.pdf/403e2f41-f83c-bb3e-3e62-60eb413371c7?version=1.0&t=1539651075650 (07.09.2022).
- Kroc Institute for International Peace Studies (2022): Colombia Barometer Initiative. Online verfügbar unter: <https://peaceaccords.nd.edu/barometer> (07.09.2022).
- Limmer, Julian (2020): Der falsche Versöhner – zwei Jahre Präsident Duque in Kolumbien. Online verfügbar unter: <https://www.blickpunkt-lateinamerika.de/artikel/der-falsche-versoehner-zwei-jahre-praesident-duque-in-kolumbien/> (07.09.2022).
- Schwarz, Christiane und Alexandra Huck (2020): Kolumbien. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54621/kolumbien> (07.09.2022).
- Stiftung Friedensbildung (2022): Konfliktanalyse Kolumbien. Online verfügbar unter: <https://friedensbildung-schule.de/sites/friedensbildung-schule.de/files/anhang/medien/fbs-konflikt-kolumbien-368.pdf> (07.09.2022).

Abbildungen

- Abbildung 1: *The World Factbook 2021*. Washington, DC: Central Intelligence Agency, 2021. Online verfügbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/colombia/map> (18.08.2022).
- Abbildung 2: *The World Factbook 2021*. Washington, DC: Central Intelligence Agency, 2021. Online verfügbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/colombia/locator-map> (18.08.2022).